

## Schulen und Kitas geschlossen

„Die dritte Welle brechen“, die Pandemie eindämmen, die Inzidenzen senken und eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindern – das ist das Ziel des Infektionsschutzgesetzes, zu dem Änderungen vom Bundestag beschlossen wurden. Diese pasierten vergangene Woche den Bundesrat und wurden von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier unterzeichnet. Nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt ist es am Samstag in Kraft getreten.

Demnach müssen Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, außerschulische Einrichtungen der Erwachsenenbildung und ähnliche Einrichtungen ab einem Inzidenzwert von über 165 an drei aufeinanderfolgenden Tagen den Präsenzunterricht am übernächsten Tag einstellen – dies ist in Mannheim der Fall. Ausnahmen sind für Abschlussklassen und Förderschulen möglich. Eine Notbetreuung an den Schulen kann eingerichtet werden.

Auch Kindertageseinrichtungen (Krippe, Kindergarten und Horte) und Kindertagespflege haben in die Notbetreuung gewechselt.

„Wir haben großes Verständnis für die Situation der Eltern und Kinder. In Mannheim stellen aktuell die Kinder keine Treiber des Infektionsgeschehens dar, an Schulen und Kitas gibt es aktuell sieben Cluster mit 29 positiv getesteten Kindern und Jugendlichen gegenüber mehr als 100 Infizierten aus sieben Clustern in Unternehmen. Kinder und Jugendliche sind im Vergleich zu Erwachsenen insgesamt in Mannheim auch seltener von Infektionen betroffen. Insofern hätten wir uns bei der Ausgestaltung der Regelungen vor Ort mehr Gestaltungsmöglichkeiten gewünscht. Diese sind durch das Bundesgesetz begrenzt. Wenn wir jetzt aber alle noch einmal in einer gemeinsamen Anstrengung unsere Kontakte reduzieren und die Abstands- und Hygieneregeln gut beachten, werden die Inzidenzwerte hoffentlich bald wieder sinken und die Schulen und Kitas wieder öffnen können“, so Familien- und Gesundheitsbürgermeister Dirk Grunert.

### Notbetreuung

Die Kriterien für die Notbetreuung hat das Land nun festgelegt: [https://km-bw.de/\\_Lde/startseite/service/2021-04-23+Auswirkungen+der+Bundesnotbremse+auf+den+Schul-+und+Kitabe-](https://km-bw.de/_Lde/startseite/service/2021-04-23+Auswirkungen+der+Bundesnotbremse+auf+den+Schul-+und+Kitabe-)

trieb+in+Baden-Wuerttemberg. Die Notbetreuung findet unter den bekannten und etablierten Kriterien statt.

Anspruch auf Notbetreuung haben demnach Kinder und Jugendliche

- deren Teilnahme an der Notbetreuung zur Gewährleistung des Kindeswohls erforderlich ist,
- deren Erziehungsberechtigte beide in ihrer beruflichen Tätigkeit unabkömmlich sind (das kann auch im Home-Office der Fall sein) oder ein Studium absolvieren oder eine Schule besuchen und hierdurch an der Betreuung gehindert sind, oder
- die aus sonstigen schwerwiegenden Gründen auf eine Notbetreuung angewiesen sind.

Die Notbetreuung erstreckt sich in der Regel auf den Zeitraum des Betriebs der Einrichtungen, den sie ersetzt. Sie findet in der bisher jeweils besuchten Einrichtung durch deren Personal und in möglichst kleinen und konstant zusammengesetzten Gruppen statt. Ausnahmen hiervon sind nur in besonders zu begründenden Fällen zulässig. Die entsprechenden Formulare können hier eingesehen und heruntergeladen werden: [www.mannheim.de/de/informationen-zu-corona/service-waehrend-corona/kinderbetreuung](http://www.mannheim.de/de/informationen-zu-corona/service-waehrend-corona/kinderbetreuung)

### Testungen

Die Allgemeinverfügung der Stadt Mannheim vom 15. April zu Testungen von Kita-Kindern und -Beschäftigten bleibt hiervon unberührt. Die Testpflicht für Kindergarten-Kinder als Voraussetzung für den Besuch einer Kindertageseinrichtung bleibt bestehen, wenn die Notbetreuung in Anspruch genommen wird. Die Testung von Krippen-Kindern wird weiterhin auf freiwilliger Basis empfohlen.

### Hotline für Eltern

Die Stadt Mannheim hat eine Telefon-Hotline für Eltern eingerichtet. Sie ist unter der Telefonnummer 0621/293-5656 montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 13 Uhr erreichbar.

### Betreuungsgebühren

Wie in den vergangenen Monaten prüft die Verwaltung einen Gebührenerlass für die Zeiten, in denen die Kindertagesstätten nicht in Anspruch genommen wurden. jps

## Culture after Work

Die Reiss-Engelhorn-Museen (rem) setzen ihre Audio-Reihe „Culture after Work“ fort. In der neuen Ausgabe ist Thomas Schirmböck, Leiter von ZEPHYR – Raum für Fotografie, zu Gast. Er gewährt im Gespräch mit Moderator Norman Schäfer einen Einblick in aktuelle und kommende Projekte. Die Gesprächspartner widmen sich den Arbeiten von Jörg Brüggemann, die momentan coronabedingt in der Ausstellung „wie lange noch“ nur digital zu sehen sind. Ein Hauptmotiv der Schau ist die Deutsche Autobahn. Fünf Jahre lang war der Fotograf auf und entlang diesem markanten Monument unterwegs. Vor dem Hintergrund

der Corona-Pandemie geht der Foto-Experte zudem darauf ein, welche Auswirkungen die Krise auf unsere Wahrnehmung, den künstlerischen Schaffensprozess sowie die aktuelle Museumsarbeit hat. Zumindest bei ZEPHYR ist von Stillstand keine Spur, denn hier wird gerade ein wahrer Fotoschatz gehoben: der umfangreiche Nachlass von Horst H. Baumann. Baumann zählte in den 1960er und 1970er Jahren zu den renommiertesten deutschen Fotojournalisten, bevor er sich der Laserkunst verschrieb. Zu hören ist der Beitrag unter [www.digital.rem-mannheim.de](http://www.digital.rem-mannheim.de) sowie auf allen gängigen Plattformen. jps

# Wichtige Informationen zu Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus

Für alle Fragen rund um das Corona-Virus ist die Telefon-Hotline der Stadt Mannheim unter der Telefonnummer 0621/293-2253 zu erreichen. Fortlaufend aktualisierte Informationen sind unter [www.mannheim.de](http://www.mannheim.de) zu finden. Sobald das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg die Sieben-Tage-Inzidenz für den Stadtkreis Mannheim veröffentlicht, ist sie unter [www.mannheim.de/inzidenz-zahl](http://www.mannheim.de/inzidenz-zahl) einsehbar.

### Änderung der Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg

Mit Beschluss vom 23. April hat die Landesregierung die Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus (Corona-Verordnung) erneut geändert. Die Änderungen sind am 24. April in Kraft getreten und sind hier zu finden: [www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg](http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg)

### Neufassung Allgemeinverfügung zu Maskenpflicht und Alkoholverbot

Die Stadt Mannheim hat heute eine neue Fassung der Allgemeinverfügung zur Maskenpflicht und zum Alkoholverbot erlassen. Sie ersetzt die alte Allgemeinverfügung zu Maskenpflicht und Alkoholverbot. Informationen zur Allgemeinverfügung der Stadt Mannheim vom 23. April sind unter [www.mannheim.de/de/informationen-zu-corona/aktuelle-rechtsvorschriften](http://www.mannheim.de/de/informationen-zu-corona/aktuelle-rechtsvorschriften) sowie bei den „Öffentlichen Bekanntmachungen“ dieser Amtsblatt-Ausgabe zu finden.

### Ab sofort nur noch FFP2-Masken in Bus und Bahn

Aufgrund der neuen bundeseinheitlichen Regelungen zum Infektionsschutz gilt ab sofort in allen Bussen und Bahnen der rnv die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske oder einer Maske, die einen gleichwertigen Standard erfüllt (zum Beispiel K95).

Medizinische Masken wie beispielsweise OP-Masken reichen ab sofort nicht mehr aus. Die neue Regelung greift, da im gesamten Verkehrsgebiet der rnv der sogenannte Inzidenzwert von Corona-Neuinfektionen in den letzten sieben Tagen aktuell die Schwelle von 100 Neuinfektionen überschreitet.

### Zusätzliche Impftermine für Bürgerinnen und Bürger des Jahrgangs 1949

Die Stadt Mannheim verschickt nach und nach ein Schreiben an alle Bürgerinnen und Bürger des Geburtsjahrgangs 1949 mit Hauptwohnsitz in Mannheim. Sie werden gebeten, den Briefeingang zu beachten. Die Schreiben erreichen die Bürgerinnen und Bürger sukzessive und sollen denjenigen, die über die Telefonnummer 116117 keinen Ter-

min erhalten haben, die Möglichkeit geben, einen Impftermin zu vereinbaren. Es sind auch kurzfristige Termine verfügbar.

Das Schreiben beinhaltet eine spezielle Telefonnummer und eine individualisierte Zugangsnummer, um Missbrauch zu vermeiden. Über dieses Schreiben wird also – zusätzlich zur Möglichkeit einer Buchung über die 116117 – eine Terminvergabe für diesen berechtigten Personenkreis gesichert. Weiterhin ist eine schnellere Buchung über die 116117 und [www.impfterminservice.de](http://www.impfterminservice.de) möglich und empfehlenswert.

Zuvor wurden bereits alle über 80-jährigen Mannheimerinnen und Mannheimer sowie Einwohnerinnen und Einwohner der Jahrgänge 1941/42/43/44/45/46/47/48 angeschrieben. Diese werden weiterhin gebeten, zu prüfen, ob der Brief eingegangen ist und die Möglichkeit der gesonderten Buchung rasch zu nutzen, wenn sie über die zentrale Anmeldung noch keinen Impftermin erhalten haben.

### Friedhöfe

Aus der Änderung des Infektionsschutzgesetzes des Bundes ergibt sich bei einem Inzidenz-Wert von über 100 an drei aufeinanderfolgenden Tagen bei Bestattungen in Mannheim folgende Änderung: Die Teilnehmerzahl bei Beerdigungen, Beisetzungen und Trauerfeiern wird auf maximal 30 Personen begrenzt.

Weitergehende aktuelle Regelungen hierzu sind auf der Homepage der Friedhöfe Mannheim zu finden: [www.friedhof-mannheim.de](http://www.friedhof-mannheim.de)

### Öffnung des Luisenparks

Gemäß der neuen Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg vom 23. April „dürfen die Außenbereiche von zoologi-

schen und botanischen Gärten (jetzt auch bei einer Inzidenz über 100) ... öffnen, wenn angemessene Schutz- und Hygienekonzepte eingehalten werden. Voraussetzung ist ein durch eine offizielle Stelle durchgeführter negativer Schnelltest, der nicht älter als 24 Stunden sein darf oder ein Impfnachweis“.

Der Luisenpark Mannheim öffnet am 29. April wieder seine Tore für Besucherinnen und Besucher, allerdings unter oben genannten Voraussetzungen: In einem ersten Schritt nur für Jahreskarteninhaber, mit Vorab-Anmeldung sowie negativem Corona-Schnelltest einer öffentlichen Stelle, der nicht älter als 24 Stunden sein darf oder mit Impfnachweis. Die Tageterminvergabe ist über die parkeigene Homepage [www.luisenpark.de/Anmeldung](http://www.luisenpark.de/Anmeldung) möglich. Aufgrund der weiter angespannten Pandemielage bleiben Teilbereiche des Parks (insbesondere alle Indoorbereiche) vorerst gesperrt. Es gilt eine Besucherobergrenze. Besucherinnen und Besucher müssen die allgemeinen Hygiene- und Abstandsregeln einhalten. Der Herzogenriedpark bleibt, wie bereits in der jüngeren Vergangenheit praktiziert, zunächst weiter als Grünfläche der Stadt Mannheim eintrittsfrei für alle Menschen offen.

„Wir freuen uns, dass neben dem Herzogenriedpark nun auch der Luisenpark wieder geöffnet werden kann. Damit können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern in dieser schwierigen Zeit zumindest Stück für Stück ihre Parks zurückgeben. Für uns als Stadt ist das ein wichtiger Schritt“, so Umweltbürgermeisterin Prof. Dr. Diana Pretzell. Ab der Park-Wiedereröffnung kann die Jahreskarte 2021 am Haupteingang sowie am Eingang Fernmeldeturm erworben oder verlängert werden, und zwar zum Vorverkaufspreis und mit einer Gültigkeit bis Ende April 2022. jps



# Neues Angebot für die Trennung von Bioabfällen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 22. April eine Neukalkulation der Abfallgebühren beschlossen. Demnach wird die bisher gebührenpflichtige Biotonne ab 1. Juli kostenlos angeboten. Gleichzeitig steigt die Jahresgebühr für Restmüll für das Jahr 2021 um durchschnittlich zirka vier Prozent. Ab 1. Januar 2022 werden die Gebühren erneut angehoben. Für Haushalte, die ihre Bioabfälle trennen und dadurch ihr Restmüllvolumen reduzieren, ergibt sich dadurch unter dem Strich eine Gebührenersparnis.

Mit der kostenlosen Biotonne will die Stadt Mannheim einen Beitrag zu mehr Klimaschutz und zur Energiewende leisten. Bisher werden die Bioabfälle, die in Mannheim vom Eigenbetrieb Stadtraumservice eingesammelt werden, ausschließlich kompostiert. Künftig soll daraus in einer gemeinsamen Biovergärungsanlage mit Heidelberg Bioerdgas gewonnen und in das Erdgasnetz eingespeist werden. Dadurch können rund 7.400 Tonnen Treibhausgas pro Jahr eingespart werden. Die Anpassung der Abfallgebühren ist darüber hinaus auch erforderlich,

um die gestiegenen Personalkosten und erhöhten Preise für die Verwertung und Entsorgung von Abfällen auszugleichen.

Eine weitere Neuerung wurde vom Gemeinderat für nicht satzungskonforme Behälterstandplätze beschlossen, die mehr als 15 Meter vom Straßenrand entfernt liegen, Treppen oder Rampen beinhalten. Für diese Standplätze fällt ab Juli eine zusätzliche Servicegebühr an, da die Mitarbeitenden der Abfallentsorgung die entfernt liegenden Behälter mit zusätzlichem Zeitaufwand und unter Belastung für die Gesundheit leeren müssen. Der Eigenbetrieb Stadtraumservice bietet jedoch eine Standplatzberatung an, um diese Erschwernisse zu vermeiden. Alternativ kann auch ein Hausmeisterservice mit der Bereitstellung der Tonnen beauftragt werden.

Bestellungen für eine neue Biotonne können unter der städtischen Rufnummer 115 oder unter [www.mannheim.de/biotonne](http://www.mannheim.de/biotonne) aufgegeben werden. Dabei erwartet alle neuen Interessenten zusätzliches Informationsmaterial und ein Vorsortiergefäß. Die jeweili-

gen Gebührenbescheide für die Abfallentsorgung werden den Eigentümerinnen und Eigentümern in den kommenden Monaten über die Servicetochter der MVV Energie Soluvia schriftlich mitgeteilt. Die neue Gebührensatzung steht in Kürze auf der städtischen Homepage zur Verfügung und kann bei Bedarf in Papierform angefragt werden.

### Stimmen aus dem Gemeinderat zum Thema Abfallgebühren

Gabriele Baier, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „Bioabfälle sind ein hochwertiger Rohstoff. Mit der neuen Gebührenordnung wird ein starker Anreiz gesetzt, diesen zu trennen und damit das Restmüllaufkommen zu reduzieren. Die organische Substanz und deren Energiegehalt gehen in die Wiederverwertung. Wir betrachten die Maßnahme als einen weiteren Baustein auf dem Weg zur Klimaneutralität, denn damit wird der stadtweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß gemindert.“

Andrea Safferling, SPD: „Es ist gut, dass die Nutzung einer Biotonne in Zukunft kostenlos ist. Wir hoffen, dass dann mehr Menschen in

Mannheim eine Biotonne nutzen. Es ist ein Win-Win-Effekt: Die Bürgerinnen und Bürger können Geld sparen, indem sie ihre Abfälle trennen und die kostenlose Biotonne nutzen und der Biomüll wird genutzt, um Bioerdgas zu erzeugen, was wiederum dazu beiträgt, klimaschädliches CO<sub>2</sub> einzusparen.“

Alexander Fleck, CDU: „Grundsätzlich begrüßen wir die Nutzung der Biotonne. Die Verwertung der organischen Abfälle trägt schließlich zum Klimaschutz bei. Allerdings sehen wir dort Probleme, wo das Stellen einer Biotonne aus Platzgründen nicht möglich ist. Hier sieht die Vorlage eine Gebührenerhöhung um 10,3 Prozent vor! Aus sozialpolitischen Gründen lehnen wir daher die Vorlage ab.“

Hanna Böhm, LI.PAR.Tie: „Die Fraktion LI.PAR.Tie begrüßt die Einführung der kostenfreien Biotonne. Der Anreiz für umweltfreundliche Mülltrennung ist ein wichtiger Schritt gegen den Klimawandel. Der Vorteil der kostenfreien Biotonne muss so vermittelt werden, dass die Mannheimer\*innen in Eigenheim oder Miete nicht nur die Erhö-

hung der anderen Entsorgungsgebühren wahrnehmen. Da sind auch die Vermieter\*innen in der Pflicht.“

Christopher Probst, Freie Wähler – Mannheimer Liste: „Die Freien Wähler halten die Einführung der kostenfreien Biotonne für richtig und begrüßen die Neuregelung. Durch die konsequentere Trennung des Abfalls wird sich die Restmüllmenge in Mannheim deutlich reduzieren. Auch die Auslastung des Biomassekraftwerkes in Heidelberg wird besser und der Betrieb effektiver. Die Anpassung erfolgt mit Augenmaß, und für manche Familien wird es sogar günstiger.“

Dr. Birgit Reinemund, FDP / MfM: „Es ist gut, dass die Biotonne attraktiver werden soll, denn Biomüll ist eine wertvolle Ressource, ob als Kompost oder zur Erzeugung von Energie. Kostenlos ist allerdings Augenwischerei: die Kosten der Biotonne werden jetzt auf den Restmüllpreis umgelegt. Umso fairer wäre es, noch kleinere und günstigere Restmülltonnen anzubieten, so dass wirklich nur der real anfallende Müll pro Haushalt bezahlt werden muss.“ jps



STADT IM BLICK

Messungen der Geschwindigkeit

Die Stadt Mannheim führt von Montag, 3., bis Freitag, 7. Mai, in folgenden Straßen Geschwindigkeitskontrollen durch: Casterfeldstraße - Feldbergstraße - Gustav-Seitz-Straße - Industriestraße - Krefelder Straße - Neckarauer Straße - Seckenheimer Landstraße - Untermühlaustraße

Kurzfristige Änderungen oder zusätzliche Messstellen sind aus aktuellem Anlass möglich. lps

Digitale Lesung: Glücksorte in Mannheim

In Mannheim zu leben, bedeutet dem Glück ganz nahe zu sein – findet jedenfalls die Mannheimer Autorin Nina Badelt. Gemeinsam mit der Stadtbibliothek Mannheim lädt sie am Mittwoch, 5. Mai, ab 19 Uhr zu einem virtuellen Abend der Entdeckungen ein. In der digitalen Lesung wird sie einige ihrer persönlichen Glücksorte in Mannheim aus ihrem gleichnamigen Buch vorstellen. Die Teilnahme ist kostenlos, die Teilnehmendenzahl begrenzt. Eine Anmeldung per E-Mail an [stadtbibliothek.zentralbibliothek@mannheim.de](mailto:stadtbibliothek.zentralbibliothek@mannheim.de) ist erforderlich. Die digitale Veranstaltung findet über „Cisco Webex Meetings“ statt. Die Zugangsdaten werden nach der Anmeldung per E-Mail verschickt. lps

Märchen aus aller Welt mit musikalischer Umrahmung

„Märchenmuhme Hannah“ (Hannah Annette Ehleben) erzählt Märchen aus aller Welt für Kinder und Erwachsene. Am Freitag, 7. Mai, nimmt sie ihre Zuhörenden ab 17.30 Uhr mit in die Geschichten hinein und lässt dabei eigene Fantasien lebendig werden. Begleitet wird dieses Erleben durch die musikalische Umrahmung und Untermalung von „Fiedelfee Sophie“ (Sophie Vardigans, Geige) und „Klangkauz Manu“ (Manuel Stegmüller, Gitarre). Die Veranstaltung ist kostenlos und findet über das Webkonferenztool Webex statt. Eine Anmeldung per E-Mail an [stadtbibliothek.musikbibliothek@mannheim.de](mailto:stadtbibliothek.musikbibliothek@mannheim.de) oder telefonisch unter 0621/293-8900 ist erforderlich. lps

Auftaktveranstaltung zum Masterplan Mobilität 2035

Die Stadt Mannheim erarbeitet ihr Konzept für die Zukunft der Mobilität: Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern soll eine Strategie zur Gestaltung der Mobilität und des Verkehrs für die kommenden 15 bis 20 Jahre entwickelt werden. Startschuss der Bürgerbeteiligung ist eine öffentliche Auftaktveranstaltung am Donnerstag, 6. Mai, ab 18 Uhr, bei welcher der geplante Prozess vorgestellt werden soll. Die Teilnehmenden werden darüber hinaus die Möglichkeit bekommen, Anmerkungen zu den ersten Analysen der beauftragten Fachgutachterinnen und -gutachter sowie zu den verkehrlichen Zielen der Stadt zu geben. Coronabedingt findet die Veranstaltung virtuell statt. Weitere Informationen sowie der Zugangslink sind unter [www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/masterplan](http://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/masterplan) zu finden. lps



**IMPRESSUM AMTSBLATT**

**Herausgeber:** Stadt Mannheim  
**Chefredaktion:** Christina Grawick (V.i.S.d.P.)  
Die Fraktionen und Gruppierungen übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.  
**Verlag:** SÜVE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG  
**Redaktion:** Laura Braumbach,  
E-Mail: [amtsblattmannheim@wochenblatt-mannheim.de](mailto:amtsblattmannheim@wochenblatt-mannheim.de)  
**Druck:** Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen  
**Verteilung:** PVG Ludwigshafen; zustellreklamation@wochenblatt-mannheim.de oder Tel. 0621 127920. Das AMTSBLATT MANNHEIM erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT MANNHEIM wird kostenlos an alle erreichbaren Mannheimer Haushalte verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus in E 5 und bei den einzelnen Bürgerservices der Stadt Mannheim abgeholt werden. Die Adressen der Bürgerservices können erfragt werden unter der Rufnummer 115.

Laut Unicef haben neun Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland keinen Zugang zu einem Computer und dem Internet. Auch in Mannheim fehlen hunderten Schülerinnen und Schülern ein Laptop, um am digitalen Unterricht teilzunehmen. Daher rief die Klimaschutzagentur Mannheim im Rahmen der diesjährigen Earth Hour am 27. März Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen auf, aussortierte Laptops zu spenden. Ausgestattet mit einem neuen Betriebssystem wurden die ersten Laptops am 20. April an die erste Schule übergeben. Stellvertretend für die Schülerschaft nahm der Schulleiter der Integrierten Gesamtschule Mannheim Herzogenried (IGMH), Rainer Bade, die Geräte entgegen. Insgesamt erhalten sieben



Die ersten Laptops wurden an die IGMH übergeben: Schulleiter Rainer Bade, Projektmanagerin der Klimaschutzagentur, Magdalena Schlenk, Lehrerin Alexandra Strickler und Caroline Golly, ebenfalls Projektmanagerin der Klimaschutzagentur (v.l.n.r.).  
FOTO: STADT MANNHEIM

In seiner Sitzung am 22. April hat der Gemeinderat zugestimmt, dass Prof. Dr. Alfried Wiecek als nächste Ersatzperson aus dem Wahlvorschlag der CDU in den Gemeinderat nachrückt. Er folgt damit auf Nikolaus Löbel, der auf seinen Wunsch hin von seinem Gemeinderatsmandat entbunden wurde. Zudem hat der Gemeinderat zugestimmt, dass Leonie Ader auf Vorschlag des Kreisverbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Nachfolgerin für Jürgen Knödler in den Bezirksbeirat Neckarstadt-West bestellt wird. Wanja Hermann wird ebenfalls auf Vorschlag des Kreis-

verbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Nachfolgerin für Dr. Markus Risch in den Bezirksbeirat Feudenheim bestellt.

**Ring Politischer Jugend (RPJ): Zuschuss für Maßnahmen der Politischen Bildung**

Außerdem stimmte der Gemeinderat der Gewährung eines Zuschusses an den Ring Politischer Jugend (RPJ) zu. Demnach erhält der RPJ für Maßnahmen der politischen Bildung eine Zuwendung von 15.000 Euro pro Jahr. Die Mittel können nach einem von den

15 neue Vorhaben: Aktualisierte Vorhabenliste der Stadt Mannheim

Ein lokaler Grüner Deal, der klimastabile Waldumbau in den Mannheimer Stadtwäldern und eine Plastikstrategie: Der Großteil der 15 neuen Vorhaben auf der aktuellen Vorhabenliste zahlt ein auf das strategische Ziel der Stadt Mannheim, eine klimagerechte und perspektivisch klimaneutrale Stadt zu sein.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 22. April die aktualisierte Vorhabenliste 2021 beschlossen und damit gleichzeitig die vorgesehene informelle – also freiwillige – Bürgerbeteiligung in über 30 Vorhaben.

Gemeinderat hat informelle Bürgerbeteiligung beschlossen

Insgesamt sind in der Liste 110 Planungen und Projekte der Stadt Mannheim aufgeführt. Der Großteil der Vorhaben wurde aktualisiert. Elf Vorhaben stehen nicht mehr auf der Liste, weil sie entweder abgeschlossen sind oder erfolgreich eingeführt wurden.

Wie bei den vorherigen Listen werden zu jedem Vorhaben Informationen zum Sachstand, dem zugrundeliegenden politischen Beschluss, dem jeweiligen strategischen Ziel, das mit dem Vorhaben verfolgt wird, und den voraussichtlichen Kosten getroffen.

Mitgliedern festgelegten Verteilerschlüssel an die Mitgliedsverbände verteilt werden.

„Die Jugendorganisationen von demokratischen Parteien und ihre ehrenamtlich tätigen Mitglieder leisten mit ihren Angeboten einen wichtigen Beitrag bei der Vermittlung von Werten sowie theoretischer und praktischer Grundkenntnisse, die für Prozesse der Meinungs- und Willensbildung in einer pluralistischen Stadtgesellschaft relevant sind. Die vom RPJ und seinen Mitgliedsverbänden übernommenen Aufgaben dienen dem Leitbild und den Nachhaltigkeitszielen der Stadt

weiteren Schulen im gesamten Stadtgebiet Laptops zur Weitergabe an Kinder und Jugendliche.

Im Rahmen der Laptop-Sammelaktion hat die Klimaschutzagentur über 100 Laptop-Spenden aus der Bevölkerung sowie von Mannheimer Unternehmen erhalten und bedankt sich bei allen Spendenden. Da der Bedarf an Laptops an den Mannheimer Schulen weit höher ist, wird die Sammlung weitergeführt. So ist es auch zukünftig möglich, aussortierte Laptops in der Klimaschutzagentur Mannheim in D 2, 5-8 abzugeben. Bevor ein Gerät abgegeben wird, bittet die Klimaschutzagentur um eine kurze Kontaktaufnahme per E-Mail an [info@klima-ma.de](mailto:info@klima-ma.de) oder telefonisch unter 0621/86248410. lps

Darüber hinaus wird transparent dargestellt, bei welchen Vorhaben und in welcher Art und Weise sich die Bürgerschaft beteiligen kann. Mannheimerinnen und Mannheimer haben die Möglichkeit, Bürgerbeteiligung bei Vorhaben anzuregen, bei denen dies bislang noch nicht vorgesehen ist.

Die aktualisierten Vorhaben sind auf dem städtischen Beteiligungsportal [www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de](http://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de) einzusehen. Das Beteiligungsportal ist die zentrale digitale Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung in Mannheim. Wer lieber etwas in der Hand

Mannheim. Insbesondere trägt die vielfältige und attraktive Arbeit von Jugendorganisationen dazu bei, dass Mannheimerinnen und Mannheimer überdurchschnittlich engagiert die Möglichkeiten nutzen, sich in demokratischen und transparenten Prozessen an der Entwicklung ihrer Stadt zu beteiligen“, heißt es in der Vorlage. Die Zielgruppe der Angebote sind vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Die Angebote richten sich sowohl an Mitglieder von Jugendorganisationen als auch an die interessierte Öffentlichkeit. lps

15 neue Vorhaben: Aktualisierte Vorhabenliste der Stadt Mannheim

hält: Druckexemplare der Vorhabenliste liegen ab Anfang Mai bei den Bürgerservices, in den Rathäusern sowie in der Stadtbibliothek im Stadthaus N 1 aus. Für weitere Informationen stehen die E-Mail-Adresse [buergerbeteiligung@mannheim.de](mailto:buergerbeteiligung@mannheim.de) sowie die Telefonnummer 0621/293-9366 zur Verfügung.

Die Vorhabenliste ist eine Maßnahme im Rahmen des Regelwerks Bürgerbeteiligung. Im Regelwerk sind Aufgaben und Rollen von Politik und Verwaltung in Bürgerbeteiligungsprozessen klar definiert. Die nächste Vorhabenliste erscheint im Herbst 2021. lps

Neugestaltung der Seitenstraßen in P 1/P 2 und P 2/P 3

Nachdem die vorbereitenden Bauarbeiten am Fernwärmenetz der MVV in den ersten beiden Seitenstraßen P 2/P 3 und P 3/P 4 planmäßig zum Abschluss kommen, starten die Stadt Mannheim und die MVV Netze GmbH nun die gemeinsamen Arbeiten in den beiden Seitenstraßen P 1/P 2 und P 2/P 3.

Als symbolischen Auftakt zum Start der beiden Bauabschnitte entfernten Bürgermeisterin Prof. Dr. Diana Pretzell und Florian Pavel, Geschäftsführer der MVV Netze GmbH, bereits die ersten beiden Pflastersteine des bestehenden Straßenbelags. Noch im April beginnt zunächst die MVV Netze mit den erforderlichen Arbeiten zur

Neugestaltung der Seitenstraßen in P 1/P 2 und P 2/P 3

Erneuerung der bestehenden Stromleitungen in den Quadraten P 1/P 2 und P 2/P 3. Anschließend startet die Stadt Mannheim mit der Herstellung des Untergrunds, der Erweiterung des Blindenleitsystems und der Erneuerung der Pflasterflächen. Die Bauarbeiten in diesen beiden Seitenstraßen werden voraussichtlich bis Ende Juli abgeschlossen sein. Sie werden jeweils halbseitig durchgeführt, sodass die Seitenstraßen für die Lieferverkehre befahrbar bleiben und die Kundinnen und Kunden sowie die Anwohnerinnen und Anwohner jederzeit die Geschäfte, Gastronomiebetriebe und Gebäude erreichen können.

Neugestaltung der Seitenstraßen in P 1/P 2 und P 2/P 3

Nach Abschluss der Neugestaltungsarbeiten in P 1/P 2 und P 2/P 3 wird in diesem Jahr noch in zwei weiteren Seitenstraßen gearbeitet: So starten Mitte des Jahres die Umbauarbeiten in O 5/O 6, die bis voraussichtlich Mitte November 2021 andauern werden. Von Oktober bis November werden in P 4/P 5 die vorbereitenden Arbeiten der MVV Netze am Fernwärmenetz ausgeführt. Auch dabei setzt das Baustellenmanagement der Stadt weiterhin auf eine transparente Kommunikation. So fand bereits Ende März eine digitale Anrainer-Information für Gewerbetreibende der beiden Seitenstraßen P 1/P 2 und P 2/P 3 statt. Handel und Gastronomie

konnten Fragen zur individuellen Bauablauf-Situation stellen. Im Nachgang konnten zu Detailfragen Einzelgespräche geführt werden. Ebenso wurden die Anwohnerinnen und Anwohner per Informationsschreiben über die anstehenden Bautätigkeiten informiert.

Die Neugestaltung der Planken-Seitenstraßen schafft in der Mannheimer Innenstadt attraktive Aufenthalts- und Flanierflächen für Bürgerinnen und Bürger sowie Kundinnen und Kunden des Handels und der Gastronomie. Alle wichtigen Informationen zur Maßnahme, einen Bauzeitenplan sowie ein Kontaktformular gibt es unter [www.mannheim-planken.de](http://www.mannheim-planken.de). lps

Virtuelles Großereignis der Sozialwirtschaft

Über 300 Organisationen aus Deutschland und anderen EU-Ländern nehmen teil, über 80 Einzelveranstaltungen, die zum Mitdiskutieren einladen, sind geplant, über 2.500 Teilnehmende werden erwartet: Die internationale Digitalkonferenz EUSES (European Social Economy Summit), die von der Europäischen Kommission und der Stadt Mannheim ausgerichtet wird, findet am 26. und 27. Mai statt. Veranstaltungsort ist der Rosengarten in Mannheim, aus dem die virtuelle Veranstaltung mit den zahlreichen, teilweise parallel stattfindenden Workshops koordiniert und ins Internet übertragen wird. Der EUSES soll ein Forum für den Austausch über die Rolle der Sozialwirtschaft (Social Economy) in Europa als Verstärker für die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Eingliederung bieten. Interessierte sind eingeladen, an einem oder mehreren der über 80 Workshops aktiv teilzunehmen.

Nun ist das erste offizielle Programm für den Kongress mit vielen aktuellen Themen und spannenden Rednerinnen und Rednern veröffentlicht. Neben politischen Größen, wie der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, den drei EU-Kommissaren Nicolas Schmit, Thierry Breton und Mariya Gabriel, der portugiesischen Ministerin für Social Economy, Ana Mendes Godinho, dem OECD-Generalsekretär Angel Gurría sowie Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz werden weitere Persönlichkeiten aus der Social Economy Keynotes sprechen. Darunter sind unter anderem Sozialunternehmer Wladimir Klitschko, Wirtschaftsphilosoph Anders Indset, der Vorsitzende der größten Kooperative der Welt, Mondragon aus Spanien, Inigo Ucin, die Geschäftsführerin der Banca Ethica, Anna Fasano, und der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohl-

fahrtspflege, Ulrich Lilie.

Die Konferenz bietet die Gelegenheit, darüber zu diskutieren, wie die Sozialwirtschaft dazu beitragen kann, die Wirtschaft nach der Corona-Pandemie umzugestalten, indem sie integrative Wirtschaftsmodelle für den nachhaltigen und digitalen Übergang innerhalb Europas fördert. Die Sozialwirtschaft und die Sozialunternehmen schaffen dabei Arbeitsplätze, erbringen barrierefreie Dienstleistungen, fördern Umschulungen, gehen umweltpolitische Herausforderungen an und stärken Gemeinschaften. Sie tragen Potenzial für soziale Innovation und sozialen Zusammenhalt.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des EUSES konzentrieren sich auf drei Dimensionen: Digitalisierung der Sozialwirtschaft, (soziale) Innovation sowie länder- und sektorübergreifende Zusammenarbeit. Eine Ausstellung mit Mannheimer Akteuren der Social Economy und ein spannender

Abendprogramm zur Vernetzung runden die zweitägige Konferenz ab. Die Ergebnisse der interaktiven Diskussionsrunden der Digitalkonferenz werden im Mannheim Manifesto festgehalten. Es wird der Europäischen Kommission als Beitrag zum Social Economy Action Plan übergeben.

Wer Teil des Mannheim Manifesto werden und Ideen einbringen möchte, findet unter folgendem Link das EUSES-Programm sowie Informationen zu allen Themen und prominenten Teilnehmenden: [www.euses2020.eu/programme/](http://www.euses2020.eu/programme/). Eine Vorregistrierung ist ab sofort möglich, die Teilnahme ist kostenfrei.

Der EUSES ist eine gemeinsame Veranstaltung der Stadt Mannheim und der Europäischen Kommission unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Der Kongress wird vom COSME Programm der Europäischen Union gefördert. lps



# Gemeinsame Stadtteilentwicklung

Areal der Otto-Bauder-Anlage: virtuelle Beteiligungsveranstaltung am 4. Mai

Durch die Reorganisation der Sportstätten im Stadtteil Seckenheim steht die bisher zu Sportzwecken genutzte Otto-Bauder-Anlage für eine anderweitige städtebauliche Entwicklung zur Verfügung. Der SV 98/07 Seckenheim wird das Areal zum Ende des Jahres an die Stadt Mannheim zurückgeben. Im Gegenzug wurde dem Verein schon jetzt die Bezirkssportanlage Seckenheim als Pachtgelände überlassen.

Ziel der städtebaulichen Entwicklung ist es, neues Wohnen im Innenbereich zu schaffen, das sich in die umgebende Bebauung sensibel einfügt. Im Sinne eines klimaresilienten Städtebaus soll der Fokus hierbei nicht auf einer maximalen Flächenausnutzung liegen, sondern auf einer nachhaltigen und klimagerechten Stadtentwicklung, die zusätzlichen Wohnraum mit dem Schutz von Mensch, Natur und Landschaft vereinbart.

Das beste Planungskonzept soll durch einen städtebaulichen Wettbewerb gefunden werden. Um die Bürgerschaft möglichst frühzeitig am Planungsprozess zu beteiligen, findet im Rahmen der Erarbeitung der Wettbewerbsauslobung am Dienstag, 4. Mai, ab



Schrägluftbild der Otto-Bauder-Anlage

FOTO: STADT MANNHEIM

18.30 Uhr eine erste virtuelle Beteiligungsveranstaltung statt. Hierbei informiert der Fachbereich Geoinformation und Stadtplanung über die kommenden Planungsschritte, insbesondere über die Eckpunkte des städtebaulichen Wettbewerbs. Zudem können Anregungen aus der Bürgerschaft zu den Auslobungsinhalten gesammelt werden.

Die Stadt Mannheim lädt alle Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Seckenheim sowie sonstige an der Planung Interessierten zur

Beteiligungsveranstaltung ein. Informationen zur Teilnahme sowie der Zugangslink werden auf dem Beteiligungsportal der Stadt Mannheim unter [www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/otto-bauder-anlage](http://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/otto-bauder-anlage) veröffentlicht. Unter diesem Link können zusätzlich zur Beteiligungsveranstaltung die Eckpunkte eingesehen werden. Vom 5. bis zum 9. Mai besteht im Nachgang zur Veranstaltung die Möglichkeit, Anregungen und Kommentare abzugeben. |ps

# Optimierung für Radfahrerinnen und Radfahrer

Protected Bike Lane als Teil-Lückenschluss am Luisenring

Der Luisenring gilt mit einer Verkehrsbelastung von bis zu 66.000 Fahrzeugen täglich als eine der meistbefahrenen Straßen in Mannheim. Umso wichtiger ist es, dass die Querverbindung auch für Radfahrerinnen und Radfahrer sicher genutzt werden kann. Das ist schon bald möglich: Mittels einer sogenannten Protected Bike Lane kann die bereits bestehende Radverbindung ab dem Kurpfalzkreisel bis zur Jungbuschstraße verlängert und damit ein wichtiger Teil-Lückenschluss am Luisenring erzielt werden. Dies hat der Ausschuss für Umwelt und Technik in seiner letzten Sitzung entschieden.

„Mit der Protected Bike Lane können wir eine sichere Radverkehrsführung ermöglichen – und zwar nicht nur als temporäre Pop-up-Alternative, sondern als dauerhafte Verbesserung für Radfahrer. Ich bin froh, dass wir an dieser verkehrsplanerisch herausfordernden Stelle eine Lösung gefunden haben, die relativ schnell umgesetzt werden kann“, so der für die Verkehrsplanung zu-

ständige Bürgermeister Ralf Eisenhauer.

Der neue Radweg soll auf einer Strecke von rund 75 Metern zwischen Seilerstraße und Dalbergstraße auf der rechten von vier Fahrspuren errichtet werden, die aktuell zum Parken und als verlängerte Abbiegespur in den Jungbusch genutzt wird. Hierbei wird die Spur mittels einer mindestens 85 Zentimeter breiten, baulichen Barriere vom fließenden Verkehr getrennt, der Radstreifen selbst anschließend farblich hervorgehoben. Da Markierungsanpassungen notwendig sind, die hinterher nicht mehr zu sehen sein sollen, wird im Zuge dessen auf allen Fahrspuren in dem Bereich die Fahrbahndecke erneuert. Die Kosten hierfür belaufen sich insgesamt auf rund 700.000 Euro. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung können die Arbeiten nur zu verkehrsarmen Zeiten oder sonntags durchgeführt werden. Die Umsetzung soll ab Mitte 2022 erfolgen. Die Fortführung des Lückenschlusses bis zur Hochstraße Nord ist weiterhin nicht vor 2024 vorgesehen. |ps

## STIMMEN AUS DEM GEMEINDERAT

# Heimische Bäume als nachhaltige Investition in die Zukunft

Am 25.04.2021 war Tag des Baumes

### Fraktion im Gemeinderat GRÜNE

Bäume sind das Grundgerüst vieler Lebensräume, sie nehmen die Menschen in ihren Bann durch ihre beeindruckende Größe, ihr Alter, ihre markante Erscheinung. Für die heimische Tierwelt sind sie überlebenswichtig als Lebensraum und Nahrungsquelle. Der Internationale Tag des Baumes, der auch in diesem Jahr am 24. April begangen wird, macht auf die vielfältigen Funktionen der Bäume und ihren Nutzen für Mensch und Umwelt aufmerksam.

Die Bäume leiden seit vielen Jahren unter den Umweltbedingungen. Die Probleme der Stadtbäume mehren sich, da das innerstädtische Klima sich immer mehr aufheizt und



Gabriele Baier, umweltpolitische Sprecherin Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Gemeinderat

sich gleichzeitig die Versickerungsflächen verringern. Die Baumausfälle steigen dramatisch in den letzten Jahren. Doch auch im Mannheimer Stadtwald nehmen die Trockenschäden gewaltig zu. Was ist zu tun? Es gibt keine Patentrezepte. Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion setzt sich dafür ein, heimische Bäume im Stadtgebiet zu pflanzen wo immer es der Standort zulässt. Ob am Straßenrand, im Park oder im Wald, es gibt genug Möglichkeiten an den Standort angepasst auf heimische Arten zu setzen und damit einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt zu leisten. Auf die beiden heimischen Eichenarten Stieleiche und Traubeneiche sind beispielsweise mehrere hundert Tierarten spezialisiert, also ausschließlich oder sehr stark von der Baumart abhängig. Aus unserer Sicht hätte es fatale Folgen für die Artenvielfalt, wenn aufgrund des Kli-

mawandels nun vorschnell vermehrt fremdländische Baumarten gepflanzt werden, von denen nur sehr wenige Tiere profitieren. Gerade weil in den landwirtschaftlich genutzten Freiflächen die Artenvielfalt so dramatisch zurückgeht, ist die Verantwortung der Städte gestiegen, einen Beitrag zur Stabilisierung der Artenvielfalt zu leisten. Dabei hat die Entscheidung für heimischen Bäume eine ungemein wichtige Funktion, weil sie einerseits die nötige Nahrung und Lebensraum bieten und andererseits die Pflanzung der Bäume aufgrund ihrer Langlebigkeit eine Investition in die Zukunft sind.

Es geht weniger um die Vielfalt der Baumarten, sondern mehr um die Vielfalt der damit verbundenen Tierarten. Wir sehen uns in der Verantwortung, für die nachfolgenden Generationen die Vielfalt des Lebens zu bewahren und Umweltbedingungen zu verbes-

sern. In der Pflanzung von heimischen Bäumen sehen wir eine langfristige Investition, damit auch unsere Enkel noch die Vielfalt an Käfern, Schmetterlingen und Wildbienen in Mannheim bestaunen können.

Gabriele Baier, umweltpolitische Sprecherin Bündnis 90/ DIE GRÜNEN im Gemeinderat

Haben Sie Interesse an weiteren Informationen? Sie finden uns im Rathaus E 5, 68159 Mannheim und erreichen uns telefonisch unter 0621-293 9403, per Mail unter [gruene@mannheim.de](mailto:gruene@mannheim.de) sowie im Internet unter [www.gruene-fraktion-mannheim.de](http://www.gruene-fraktion-mannheim.de).

### Rechtlicher Hinweis

Die Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträtinnen bzw. Einzelstadträte übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.

# Großer Erfolg für die Freie Wähler-ML – Fraktion

Antrag auf Prüfung eines alternativen Standortes für die Leichtbauhalle wird weiterverfolgt

### Fraktion im Gemeinderat FW - ML

In der Sitzung des Gemeinderats am 22. April 2021 hat die Fraktion Freie Wähler - ML vorgeschlagen, die Leichtbauhalle, die als Ersatzspielstätte für das Nationaltheater geplant ist, im Luisenpark zu errichten. „Man könne die Baumhainhalle, die energetisch problematisch ist, abbrechen und dort die Ersatzspielstätte für das Nationaltheater errichten“, so die Aussage von Stadtrat Christopher Probst.

Der Zugang zur Halle soll einen repräsentativen Eingangsbereich mit Ausrichtung auf die „Neue Parkmitte“ zwischen Pflanzen-schauhaus und Kutzerweiher erhalten. Der



Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste



Zugang könnte direkt über den Park, aber auch über den Gartenschauweg und den Josef-Bußjäger-Weg erfolgen.

„Dieser Vorschlag hat Charme, hat doch die Stadtpark Mannheim gGmbH nach Ab-

schluss der Nutzung durch das Nationaltheater die Möglichkeit, die Leichtbauhalle zu übernehmen und als Ersatz für die Baumhainhalle weiter zu nutzen. Darüber hinaus stünden die Parkplätze auf dem Oktoberfestplatz,

auch im Hinblick auf die BUGA im Jahr 2023 uneingeschränkt zur Verfügung. Die wäre sicherlich ein weiterer Vorteil dieser Lösung“, so Stadträtin Christiane Fuchs.

Der Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Achim Weizel ergänzt, dass der Besuch einer Oper während der BUGA im Luisenpark mit stimmungsvollem Ambiente sicher eine hervorragende Attraktivitätssteigerung und ein Alleinstellungsmerkmal ist. „Dies macht bestimmt auch aus dem einen oder anderen Tagestouristen einen Übernachtungsgast für Mannheim“, so seine Meinung.

Holger Schmid, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion fasst nochmal zusammen: „Abbruch Baumhainhalle, Errichtung der Halle auf der freierwerdenden Fläche mit einem repräsentativen Eingangsbereich in Richtung 'Neue Parkmitte' sowie Übernahme

der Leichtbauhalle als Ersatz für die Baumhainhalle nach Ende der Nutzung durch NTM durch die Stadtpark Mannheim gGmbH sind Punkte, die für alle Seiten mehr Vor- als Nachteile haben werden.“

In der Gemeinderatssitzung sagte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz zu, diesen Vorschlag zu prüfen. Dies dürfe jedoch keine zeitliche Verzögerung für den Baubeginn der Leichtbauhalle mit sich bringen.

Von Seiten der Freie Wähler-ML – Fraktion wurde nochmals betont, dass die Fraktion voll und ganz hinter dem Interimskonzept des 'Nationaltheaters steht, Intention des Antrags war, den Standort der Halle auf dem Oktoberfestplatz nochmals zu überdenken.

Ihre Meinung interessiert uns. Wir sind für Sie erreichbar unter der Rufnummer 0621 293-2502 oder per E-Mail an [ML@mannheim.de](mailto:ML@mannheim.de)

# Mannheim braucht endlich eine solide Finanzpolitik

### Fraktion im Gemeinderat FDP / MfM

Corona-Mehrkosten und sinkende Steuereinnahmen belasten den Haushalt der Stadt Mannheim enorm. Doch auch ohne Pandemie nimmt Mannheim seit langem eine Spitzenstellung bei der Verschuldung ein. Rechnerisch ist jedes Kind, das in Mannheim geboren wird, bereits über 1770 € verschuldet, mit Abstand die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Baden-Württembergs – und das, obwohl die meisten Großprojekte gar nicht im Haushalt der Stadt auftauchen, sondern in die Tochtergesellschaften verschoben wurden, allen voran GBG und MWSP.

Um zumindest am Beispiel unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG mehr Transparenz zu schaffen, haben wir daher angefragt wie die Finanzverflechtungen aktuell aussehen. Wieviel Miete zahlt die Stadt an

die GBG und wie viel muss sie in der Zukunft zahlen? Zu diesen teuren Projekten zählen z.B. das Technische Rathaus, Flüchtlingsunterkünfte, die Strandbadgaststätte bis zu Lebensmittelläden. Die GBG muss sich endlich wieder auf ihre Hauptaufgaben konzentrieren und bezahlbaren Wohnraum in Mannheim schaffen!

### Prioritäten setzen für Bildung und Infrastruktur statt Wunschkonzert

Sonderbelastungen der Stadt durch Corona und andere Großprojekte wie das Sanierungsprogramm des Klinikums, die notwendige Generalsanierung des Theaters und die nicht notwendige Bundesgartenschau bringen die Stadt bedrohlich nah an ihre finanziellen Grenzen. Und dennoch denkt die Mehrheit im Gemeinderat nicht im Entferntesten daran Ausgaben zu begrenzen. Im Gegenteil, es werden weiter nice-to-have Projekte auf den Weg gebracht während Baukosten durch Zusatzwünsche durch die Decke gehen. So



Fraktion FDP / MfM

kostet das neue Technische Rathaus, beschlossen mit einer Obergrenze von 64 Mio letztendlich rund 100 Mio. Euro, die Kosten für die Ersatzspielstätten für die Bauzeit am Theater haben sich auf 31 Mio Euro verdop-

pelt und 2,5 km Radschnellweg durch die Feudenheimer Au kosten 6,5 Mio. Euro. Kaum ein Bauvorhaben hält die vorgegebenen Kosten ein. Obwohl hochbezahltes Personal in den Führungsebenen ausgebaut wird, steigen die

Kosten für externe Büros, Gutachter und teure Berater stetig.

Wir fordern die Verwaltung und die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat auf, nicht mehr auszugeben, als die Stadt einnimmt. Stattdessen muss mittelfristig die enorme Pro-Kopf-Verschuldung runter. Wunschprojekte müssen hintenangestellt werden, solange die Stadt nicht in der Lage ist, die Pflichtaufgaben ausreichend zu finanzieren. Wir kämpfen dafür, dass Bildung und Infrastruktur, vor allem Digitalisierung und die Sanierung von Straßen, Brücken und Gebäuden, Vorrang erhalten.

### Chancen der jungen Generation wahren

Die FDP / MfM-Fraktion fordert deshalb, endlich zu einer nachhaltigen, soliden Haushaltspolitik zurückzukehren. Nur so können wir der nächsten Generation finanziellen Handlungsspielraum sichern. Denn auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen.





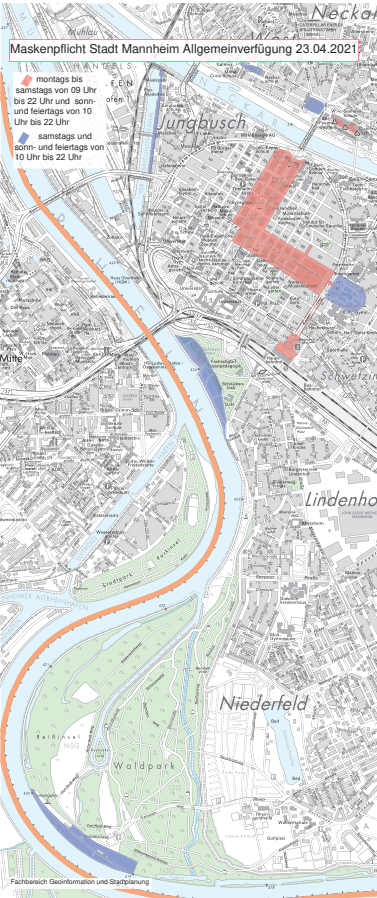


ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Die Stadt Mannheim erlässt als zuständiges Gesundheitsamt gemäß § 28 Absatz 1 Satz 1 i. V.m. 28a Abs. 1 und 3 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), §§ 3 Absatz 1, 20 Absatz 1 der Verordnung der Landesregierung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO), § 1 Absatz 6a der Verordnung des Sozialministeriums über die Zuständigkeiten nach dem IfSG (IfSGZustV), § 35 Satz 2 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) jeweils in den zur Zeit geltenden Fassungen für das Gebiet der Stadt Mannheim nachstehende

Allgemeinverfügung

1. Über § 3 Absatz 1 CoronaVO hinausgehend wird die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske, die die Anforderungen der Norm DIN EN 14683:2019-10 oder eines vergleichbaren Standards erfüllt, oder einer Atemschutzmaske, die die Anforderungen der Standards FFP2, KN95, N95 oder eines vergleichbaren Standards erfüllt (Maskenpflicht), nach den folgenden Maßgaben angeordnet:



(1) Im Stadtgebiet Mannheim gilt für den Fußgängerverkehr die Maskenpflicht montags bis samstags von 9:00 bis 22:00 Uhr sowie sonn- und feiertags von 10:00 bis 22:00 Uhr im Bereich der öffentlichen Straße in den Planken einschließlich des Plankenkopfes, auf dem Paradeplatz, der Breiten Straße, dem verkehrsberuhigten Bereich G 2 / H 2, auf dem Marktplatz, der Kunststraße, auf den Kapuzinerplanken, der Fressgasse, auf dem Münzplatz, der Marktstraße, der Straße zwischen E 2 / E 3 (verlängerte Planken) bis K 2 / K 3, der Erbprinzenstraße, den Gehwegen des Kaiserrings zwischen Planken und Willy-Brandt-Platz, im gesamten Bereich der Fußgängerzone am Hauptbahnhof inklusive der Fahrradabstellplätze und dem Taxiplatz, auf der Fußgängerquerung zwischen Wasserturm und Planken sowie im Pausen-Aufenthaltsbereich für Schüler an der Werner-von-Siemens-Schule und Carl-Benz-Schule. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem angehängten Lageplan Maskenpflicht.

(2) Die Maskenpflicht für den Fußgängerverkehr im öffentlichen Raum gilt darüber hinaus samstags, sonn- und feiertags von 10:00 bis 22:00 Uhr in den folgenden Bereichen: Wasserturm/Friedrichsplatzanlage, Quartiersplatz Jungbusch, Uferpromenade Jungbusch, Neumarkt, Alter Messplatz, Rheinpromenade und Strandbad. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem beigefügten Lageplan Maskenpflicht. Bei nach der CoronaVO erlaubter sportlicher Betätigung besteht eine Ausnahme von der Maskenpflicht, wenn ein Mindestabstand von 2 m zu anderen Personen sicher eingehalten werden kann.

(3) Im gesamten Stadtgebiet besteht im öffentlichen Raum die Maskenpflicht in Warteschlangen vor Gaststätten, Cafés, Eisdielen, sonstigen Verkaufsstellen, Poststellen, Abholdiensten, Ausgabestellen der Tafeln, Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben sowie Verwaltungsgebäuden.

(4) Im Umkreis von 50 Metern um Schulen im öffentlichen Raum gilt die Maskenpflicht für Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Eltern sowie sonstige Personen über 14 Jahren, die Kinder zu Schule bringen oder von dort abholen, außerhalb der Schulfreien montags bis freitags von 7.30 bis 18.00 Uhr.

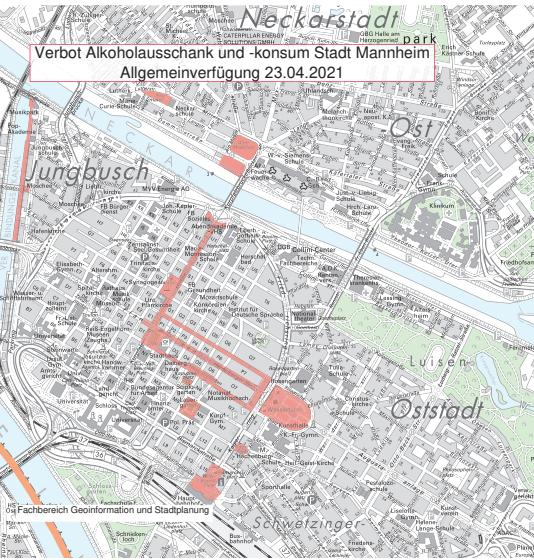
(5) Über § 3 Abs. 2 Nr. 10 CoronaVO hinausgehend gilt in Kindertageseinrichtungen, Horten sowie Schulkindergärten für pädagogisches Personal und Zusatzkräfte die Maskenpflicht auch dann, während diese ausschließlich mit den Kindern Kontakt haben. Zudem gilt in Horten während der Betreuungszeit die Maskenpflicht für schulpflichtige Kinder.

(6) Im Umkreis von 50 Metern um Kindertageseinrichtungen im öffentlichen Raum gilt die Maskenpflicht für Erzieher\*innen und Eltern sowie sonstige Personen über 14 Jahren, die Kinder zur Einrichtung bringen oder von dort abholen, außerhalb der Schließungszeiten montags bis freitags von 7.00 bis 18.00 Uhr.

(7) Auf öffentlichen Spielplätzen im gesamten Stadtgebiet gilt die Maskenpflicht für Begleitpersonen ab 14 Jahren.

(8) Ausnahmen:  
Für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr gilt eine Ausnahme von der Maskenpflicht. Das gleiche gilt für Personen, die ärztlich bescheinigt aufgrund einer gesundheitlichen Beeinträchtigung, einer ärztlich bescheinigten chronischen Erkrankung oder einer Behinderung keine Atemschutzmaske tragen können und gehörlose und schwerhörige Personen, die mit diesen kommunizieren sowie ihre Begleitpersonen. Eine Ausnahme von der Maskenpflicht gilt ferner, wenn ein anderweitiger mindestens gleichwertiger Schutz für andere Personen gegeben ist. In den in Abs. 1, 2, 4, 6 und 7 genannten Einrichtungen und Bereichen gilt eine Ausnahme von der Maskenpflicht, sofern ein Abstand von 1,5 Meter zu anderen Personen sicher eingehalten werden kann.  
Eine Ausnahme von der in Abs. 5 geregelten Maskenpflicht besteht darüber hinaus am Platz oder bei Verrichtung der Tätigkeit, sofern ein Abstand von 1,5 Metern zu weiteren Personen sicher eingehalten werden kann; dies gilt nicht, wenn gleichzeitig Publikumsverkehr besteht. Ferner gilt in den in Abs. 5 genannten Einrichtungen im Einzelfall eine Ausnahme von der Maskenpflicht, wenn dies situativ in der Arbeit mit dem Kind notwendig ist.  
Zudem besteht in den in Absätzen 1, 2, 4, 5, 6 und 7 geregelten Bereichen eine Ausnahme zum Konsum von Lebensmitteln, jedoch nur bei gleichzeitiger Einhaltung des Mindestabstands von 1,5 m zu weiteren Personen. Eine gesonderte Ausnahme von der Maskenpflicht zum Rauchen besteht in keinem der in Absätzen 1 bis 7 geregelten Bereiche.

2. Als Verkehrs- und Begegnungsflächen nach § 20 Abs. 9 CoronaVO, auf denen der Ausschank und Konsum von Alkohol verboten ist, werden die folgenden Straßen und Plätze festgelegt:



gibt sich aus dem angehängten Lageplan Alkoholverbot.

3. Diese Allgemeinverfügung ersetzt die Allgemeinverfügung der Stadt Mannheim zur Maskenpflicht vom 30.03.2021. Letztere wird hiermit aufgehoben.

4. Diese Allgemeinverfügung ist bis zum 23.05.2021 befristet.

Sofortige Vollziehbarkeit:

Die Allgemeinverfügung ist nach § 28 Absatz 3 i. V.m. § 16 Absatz 8 IfSG kraft Gesetzes sofort vollziehbar. Der Widerspruch hat somit keine aufschiebende Wirkung.

Bekanntmachungshinweis:

Die Allgemeinverfügung gilt gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 der Satzung der Stadt Mannheim über öffent-

liche Bekanntmachungen am Tag der Bereitstellung auf der Internetseite der Stadt Mannheim als bekannt gemacht. Sie gilt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekannt gegeben und ist somit ab dem 24.04.2021 wirksam.

Der vollständige Text der Allgemeinverfügung mit Begründung kann im Fachbereich Jugendamt und Gesundheitsamt, R 1, 12, 68161 Mannheim, zu den üblichen Öffnungszeiten sowie auf der Homepage der Stadt Mannheim eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Stadt Mannheim, Fachbereich Jugendamt und Gesundheitsamt, R 1, 12, 68161 Mannheim, einzulegen.

Hinweise

Aufgrund der sofortigen Vollziehbarkeit der Allgemeinverfügung kommt einem Widerspruch keine aufschiebende Wirkung zu. Das Verwaltungsgericht Karlsruhe kann gemäß § 80 Absatz 5 VwGO auf Antrag die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage ganz oder teilweise anordnen.

Nach § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG handelt ordnungswidrig, wer einer vollziehbaren Anordnung nach § 28 Absatz 1 Satz 1 IfSG zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 73 Abs. 2 IfSG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

Mannheim, den 23.04.2021

Dr. Peter Kurz

**Öffentliche Bekanntmachung**  
**Der Bebauungsplan Nr. 31.1.26 "Regulierung von Vergnügungsstätten in der Neckarstadt" in Mannheim - Neckarstadt-West und Neckarstadt-Ost tritt in Kraft.**  
Der Gemeinderat hat am 16.03.2021 den Bebauungsplan Nr. 31.1.26 "Regulierung von Vergnügungsstätten in der Neckarstadt" in Mannheim - Neckarstadt-West und Neckarstadt-Ost als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans ist in der nachfolgenden Skizze dargestellt:



Nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) tritt der Bebauungsplan mit dieser öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Unbeachtlich werden gemäß § 215 Absatz 1 BauGB:

- eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
  - eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
  - nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Mannheim unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.
- Sollte der Bebauungsplan unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung (GemO) oder anderer auf der GemO beruhender Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt er ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn
- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind;
  - der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss vor Ablauf der Jahresfrist beanstandet hat
  - oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Stadt Mannheim unter Bezeichnung des Sachverhaltes der die Verletzung begründen soll, schriftlich und fristgerecht geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehendem Satz Nr. 2 oder 3 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen (§ 4 Abs. 4 GemO). Gemäß § 44 Absatz 5 BauGB wird darauf hingewiesen, dass der Entschädigungsberechtigte nach § 44 Absatz 3 BauGB Entschädigung verlangen kann, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei der Stadt Mannheim beantragt. Nach § 44 Absatz 4 BauGB erlischt der Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die oben genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Der Bebauungsplan mit der Begründung kann beim Beratungszentrum Bauen und Umwelt, Verwaltungsgebäude Collinistraße 1 (Collini-Center), Erdgeschoss, montags bis mittwochs von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr und donnerstags von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr eingesehen werden. Die Möglichkeit der Einsichtnahme ist auch unter folgendem Link im Internet möglich: <https://www.gis-mannheim.de>

**Mannheim, 29.04.2021**  
**Stadt Mannheim**  
**Fachbereich Baurecht, Bauverwaltung und Denkmalschutz**

Bekanntmachung

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat am 22.04.2021 die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Spiegelfabrik“ beschlossen.

Auf die geltenden Vorschriften des §§ 144 und 145 Baugesetzbuch (BauGB) über genehmigungspflichtige Vorhaben und Rechtsvorgänge wird hingewiesen.

Die Sanierungssatzung mit Lageplan kann beim Fachbereich Geoinformation und Stadtplanung, Abt. Stadterneuerung und Wohnen im Collini Center, Collinistr. 1, Zimmer 205 (2. OG) eingesehen werden. Mit der Bekanntgabe wird die Sanierungssatzung rechtsverbindlich.

Mannheim, den 29.04.2021  
Dr. Peter Kurz  
Oberbürgermeister

Benachrichtigung gem. §§ 65 Abs. 2 BNatSchG, 52 Abs. 1 NatSchG BW

Kartierungen von Tieren, Pflanzen und Lebensraumtypen

In unserer Gemeinde werden ab April bis Ende November 2021 Kartierungen von Arten und Lebensraumtypen der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie, weiteren Tieren (Vögel, Insekten) und/oder Pflanzen durchgeführt. Die Kartierungen finden auf wenigen Stichprobenflächen überwiegend im Außenbereich unserer Gemeinde statt. Die Untersuchungen erfolgen im Auftrag der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg LUBW. Eine Zuordnung von Ergebnissen zu Grundstückseigentümern oder Bewirtschaftenden findet bei der Erfassung und Auswertung der Kartierungen nicht statt. Es werden auch keine dauerhaften Markierungen auf der Fläche vorgenommen.

Im Rahmen dieser Erhebungen ist es den Kartierenden als Beauftragte der LUBW grundsätzlich erlaubt, Grundstücke ohne vorherige Anmeldung zu betreten

(§ 52 Naturschutzgesetz). Die Kartierenden betreten nur Grünlandflächen und Wald im Außenbereich bzw. nutzen das vorhandene Wegenetz. Die von der LUBW beauftragten Personen haben eine Kartierbescheinigung, die sie im Gelände mit sich führen.

Die Kartierenden sind in der Regel alleine im Gelände unterwegs, der gebotene Mindestabstand wird eingehalten. Bei der Kartierung werden in jedem Fall die derzeit geltenden Vorgaben zur Kontaktbeschränkung zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus eingehalten.

Mannheim, den 29.04.2021  
Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW)

Öffentliche Bekanntmachung

**Der Bebauungsplan Nr. 85.24 "Stadtteilzentrum Rheinau östlich und westlich der Relaisstraße" in Mannheim-Rheinau tritt in Kraft**  
Der Gemeinderat hat am 16.03.2021 den Bebauungsplan Nr. 85.24 "Stadtteilzentrum Rheinau östlich und westlich der Relaisstraße" in Mannheim-Rheinau als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans ist in der nachfolgenden Skizze dargestellt:



Nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) tritt der Bebauungsplan mit dieser öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Unbeachtlich werden gemäß § 215 Absatz 1 BauGB:

- eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
  - eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
  - nach § 214 Absatz 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Mannheim unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.
- Sollte der Bebauungsplan unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung (GemO) oder anderer auf der GemO beruhender Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sein, gilt er ein Jahr nach dieser Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn
- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind;
  - der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss vor Ablauf der Jahresfrist beanstandet hat
  - oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Stadt Mannheim unter Bezeichnung des Sachverhaltes der die Verletzung begründen soll, schriftlich und fristgerecht geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehendem Satz Nr. 2 oder 3 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen (§ 4 Abs. 4 GemO). Gemäß § 44 Absatz 5 BauGB wird darauf hingewiesen, dass der Entschädigungsberechtigte nach § 44 Absatz 3 BauGB Entschädigung verlangen kann, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei der Stadt Mannheim beantragt. Nach § 44 Absatz 4 BauGB erlischt der Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die oben genannten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Der Bebauungsplan mit der Begründung kann beim Beratungszentrum Bauen und Umwelt, Verwaltungsgebäude Collinistraße 1 (Collini-Center), Erdgeschoss, montags bis mittwochs von 8.00 Uhr bis 12.30 Uhr und donnerstags von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr eingesehen werden. Die Möglichkeit der Einsichtnahme ist auch unter folgendem Link im Internet möglich: <https://www.gis-mannheim.de>

**Mannheim, 29.04.2021**  
**Stadt Mannheim**  
**Fachbereich Baurecht, Bauverwaltung und Denkmalschutz**

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Mannheim

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat am 22.04.2021 auf der Grundlage der Straßennamen- und Hausnummernsatzung der Stadt Mannheim vom 26.06.1979 in der Fassung vom 28.09.1993 die folgenden Benennungen für die öffentlichen Verkehrsflächen im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 71.54 „Spinelli Teilbereich Anna-Sammet-Straße Süd, in Mannheim-Käfertal beschlossen:

- Chisinauer Platz
- Leonie-Ossowski-Promenade
- Anneliese-Rothener-Straße
- Inge-Borkh-Straße
- Alice-Droller-Straße
- Leni-Neuenschwander-Straße
- Hedwig-Eppstein-Straße
- Geschwister-Grünbaum-Straße
- Saarbrücker Straße (Verlängerung)
- Wachenheimer Straße (Verlängerung)
- Mettlacher Straße (Verlängerung)

Die Zuordnung der Benennungen zu den Verkehrsflächen ist in der Lageskizze festgelegt.

Lageskizze:



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Beschluss des Gemeinderats kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Stadt Mannheim, Fachbereich Geoinformation und Stadtplanung, Collinistraße 1, 68161 Mannheim schriftlich oder mündlich zur Niederschrift einzulegen.

Mannheim, den 28.04.2021  
Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister



# Nationaltheater stellt Konzeption für Ersatzspielstätten vor

Die geplante Anmietung und Herrichtung von Ersatzspielstätten für die Sparten Oper, Schauspiel und Tanz des Nationaltheaters Mannheim für die Dauer der Generalsanierung des Spielhauses am Goetheplatz war Gegenstand in der Sitzung des Gemeinderats am 22. April. Die Planung geht von einer Sanierungsdauer von fünf Jahren – von Mitte 2022 bis Mitte 2027 – aus. Die vom NTM ermittelten Miet- und Investitionskosten für den gesamten Sanierungszeitraum liegen bei 33,1 Millionen Euro, zuzüglich der Nebenkosten und der Allgemeinkosten der „Dezentralen Interimskonzeption“. Diese Konzeption wurde durch den Gemeinderat verändert. Die Kosten von 1,2 Millionen Euro für die Anmietung des Rosengartens als Ersatzspielort wurden herausgerechnet, so dass 31,9 Millionen Euro für die Ersatzspielstätten mehrheitlich beschlossen wurden. In den Wortbeiträgen wurde deutlich, dass diese Summe eine Obergrenze darstellen soll.

Anmietung und Herrichtung der benötigten Ersatzspielstätten für das Nationaltheater müssen vor dem eigentlichen Sanierungsbeginn, der für das 2. Halbjahr 2022 vorgesehen ist, erfolgen. Die Ausschreibung der Bauleistungen wird in einer Paketweise-Vergabe auf der Grundlage von Einzelgewerke-Ausschreibungen stattfinden, da der Bund als Fördermittelgeber eine klare Empfehlung für diese Ausschreibungsvariante gegenüber einer Generalunternehmervergabe ausgesprochen hat.

Die beschlossenen Miet- und Investitionskosten der Interimsspielstätten von 31,9 Millionen Euro sind nicht Bestandteil der bereits genehmigten Gesamtkosten von 247 Millionen Euro brutto zur Generalsanierung des Nationaltheaters und der Kosten für die im Vorfeld der Sanierung herzustellenden Infrastrukturinvestitionen für den Umbau des Probezentrums Neckarau, den Neubau des Zentrallagers und der temporären Auslagerung der Probebühnen für die Sparten Oper,

Schauspiel und Junges NTM mit einem geschätzten Kostenvolumen von 40 Millionen Euro brutto, die ebenfalls bereits beschlossen sind. Hinzu kommen Allgemeinkosten der Interimskonzeption in Höhe von derzeit geschätzt 900.000 Euro pro Jahr, die vor allem durch das dezentrale Interimskonzept entstehen, wodurch sich Logistik- und Personalaufwand erhöhen. Dazu kommt die notwendige temporäre Anmietung einer weiteren Lagerhalle bis zur Fertigstellung des Zentrallagers, bedingt durch den Wegfall der Bunkerfläche im Spielhaus. Die Finanzierung dieser Mehraufwendungen soll zum Teil durch eine Umwidmung von nicht in Anspruch genommenen Mitteln aus dem Zuschuss „Projektorganisation“ und durch entsprechende Einsparungen im laufenden Betrieb erfolgen.

Das als Ersatzspielstätte für die Sparten Schauspiel und Tanz in Frage kommende ehemalige Kinogebäude der U.S. Army auf dem Konversionsareal Franklin stand bereits leer und befindet sich im Eigentum der städtischen MWSP. Neben den Flächenerfordernissen an die Ersatzspielstätte werden für den Zeitraum der Generalsanierung weitere Flächen für ein standortnahes Tageslager mit rund 800 Quadratmetern Nutzfläche benötigt. Der weitgehend barrierefrei umgebaute Saal ist für circa 500 Zuschauerinnen und Zuschauer ausgelegt und soll mit reversiblen Einbauten eine größtmögliche Flexibilität für einen modernen Einsatz von Licht-, Bühnen- und Videotechnik bieten. Zur Kosten- und Terminsicherung erfolgt die bauliche Umnutzung seitens der MWSP durch einen Generalunternehmer, sodass der Betrieb zur Spielzeit 2022/2023 aufgenommen werden kann.

Der Pfalzbau Ludwigshafen eignet sich aufgrund seiner vorhandenen Bühnengröße und der bestehenden bühnentechnischen Ausstattung als einziger Veranstaltungsort in der näheren Umgebung als Ersatzspiel-



Nationaltheater Mannheim

FOTO: CHRISTIAN KLEINER

stätte für die großen Werke des Mannheimer Repertoires der Sparten Oper und Tanz mit Orchester. Die Zeiträume der Nutzung sind definiert. Daraus ergeben sich mit den erforderlichen Proben- und Einrichtungszeiten circa 35 bis 40 Vorstellungstage pro Spielzeit, die für das NTM entsprechend einnahmereklevant sind.

Die Konzeption des NTM sah vor, den Musensaal des Rosengartens Mannheim für ein konzertantes Programm der Oper sowie für Familienstücke zu nutzen. Dafür waren drei Terminblöcke pro Spielzeit vorgesehen, die, einschließlich der zugehörigen Probenzeit, im Durchschnitt zehn Tage umfassen würden. Das entspräche circa drei bis fünf Vorstellungen pro Terminblock. Über einen Nutzungszeitraum von fünf Jahren mit jeweils drei Terminblöcken pro Spielzeit würde sich daraus ein Mietzins von 1,2 Millionen Euro über den gesamten Nutzungszeitraum ergeben. Um die finanzielle Deckelung, die vom Gemeinderat beschlossen wurde, umsetzen zu können, soll die Nutzung des Rosengartens als Ersatzspielstätte limitiert werden. Das NTM soll weitere Ersatzspielstätten in den Mannheimer Stadtteilen ausfindig machen, um auch eine neue Klientel für das NTM zu begeistern.

Der inhaltliche Schwerpunkt des Opernprogramms im Rokokotheater in Schwetzingen soll einen Mozart/Da Ponte-Zyklus, Werke aus dem Barock sowie Stücke aus der Moderne umfassen. Auch hier sind drei Terminblöcke pro Spielzeit vorgesehen, wodurch sich circa 18 Vorstellungen mit den dazugehörigen Proben und Einrichtungszeiten ergeben.

Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit des Pfalzbaus Ludwigshafen als Ersatzspielstätte für die Opernsparte wurde durch das NTM schon frühzeitig eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung einer temporären Ersatzspielstätte – einer „Temporären Leichtbauhalle“ – als weitere feste Ersatzspielstätte in Mannheim in Auftrag gegeben. Das mit der Erstellung der Studie beauftragte Büro hat auf Grundlage verschiedener Faktoren, wie der längerfristigen Verfügbarkeit von städtischen Grundstücken, einer möglichen Innenstadtnähe und der vorhandenen Verkehrsanbindung, den Standort „Oktoberfestplatz“ (Theodor-Heuss-Anlage) mit den direkt angrenzenden Stellplätzen als grundsätzlich geeigneten Standort bewertet und empfohlen. Künstlerisch ist für diesen Standort ein so genannter Stagione-Betrieb mit klassischer Frontalbespielung

und einem Orchestergraben vorgesehen. Aufgrund eines fehlenden Bühnenturms ergibt sich in Konsequenz daraus eine eingeschränkte künstlerische Verwandlungsmöglichkeit.

Im Gemeinderat wurde angeregt, als Standort für die temporäre Ersatzspielstätte in Form einer Leichtbauhalle das Gelände der Baumhainhalle im Luisenpark zu nutzen. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz sagte eine entsprechende Prüfung zu. Diese darf jedoch keine zeitliche Auswirkung auf bereits laufende Verfahren und damit den Baubeginn der Leichtbauhalle haben.

„Die Generalsanierung des Nationaltheaters ist ein Großprojekt mit enormen logistischen Herausforderungen und einem Mehrwert für Mannheim. Die Projektleitung leistet eine exzellente Koordinationsarbeit, um alle erforderlichen Schritte im Zeitplan umzusetzen. Durch die angedachte Nutzung und Aufwertung des ehemaligen Kinos auf Franklin als Ersatzspielstätte wird nachhaltig in diesen neuen Stadtteil investiert – dadurch wird ein Grundstein für eine kulturelle Nachnutzung gelegt“, so Kulturbürgermeister Michael Grötsch.

Der Geschäftsführende Intendant des Nationaltheaters, Marc Stefan Sickel: „Es freut mich, dass der Gemeinderat der von uns vorgelegten Interimskonzeption mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat. Dies zeigt, welche Bedeutung das Nationaltheater hat und ist ein klares Bekenntnis dafür, dass man auch in der Sanierungszeit Produktionen auf hohem künstlerischen Niveau ermöglichen möchte. Durch den für die Interimsspielstätten gewählten dezentralen Ansatz stehen wir zwar vor einer großen logistischen Herausforderung, sehen aber gleichzeitig eine enorme Chance darin, mit an die jeweiligen Spielstätten angepassten Konzepten die Stadt Mannheim und die Region zu begeistern und unser Publikum vielfältig zu erreichen.“ |ps